

Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst

Band: 24 (1934)

Heft: 52

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

seitige, davon ahnt dieser Defekonomist nichts!" Eigenartig ist es immerhin, daß sich die Lehre so lange halten konnte und auch heute noch ihre Verfechter findet. Man trägt den Verbesserungen der Bodenkultur und der Technik, die man zu Lebzeiten von Malthus nicht ahnen konnte, nicht genügend Rechnung. Tatsächlich ist die Produktionskraft des Bodens mehr gestiegen als die Zahl der Erdenbewohner. Zudem sind weite Gebiete heute noch nicht oder nur sehr schwach bevölkert, die für eine Kolonisation sehr in Frage kommen. Es braucht uns also nicht bangen zu sein.

-o-

Sylvestergedanken.

Das Jahr 1934 nimmt Abschied. Es hat seinen Lauf vollendet. Wie rasch doch die Jahre entfliehen, kaum gegrüßt — gemieden! Wir denken flüchtig zurück an all die Wünsche, die an seiner Wiege standen, die wir ihm in die Wiege legten. Sind sie in Erfüllung gegangen? Sieht es heute weniger dunkel aus in der Welt als vor einem Jahr?

Wer möchte diese Frage mit Ja beantworten? Die wirtschaftliche Lage hat sich noch weiter zugespitzt. Der politische Himmel hat sich kaum aufgeheilt. Im Gegenteil starren heute die Völker mehr denn je in Waffen. Es ist ganz unheimlich wie gerüstet die Welt dasseht, und das Wort Krieg ist schon wieder in vieler Mund, als ob dieses unheimliche Gespenst nicht mehr zu vertreiben wäre. Zwar wollen wir dankbar anerkennen, daß sich die schlimmsten Wolken, wie sie sich im jugoslawisch-ungarischen Konflikt zusammenzogen, wieder geglättet haben. Diese Gefahr ist beschworen, und auch der Saarkonflikt scheint sich in ruhigen Bahnen zu lösen, ohne daß er zum europäischen Pulverfaß wird.

Aber alle die Konflikte und Probleme zeigen uns, auf welcher friedlosen Welt wir leben. Die Ruhelosigkeit und Unsicherheit sind die Zeichen der Zeit. Und doch sehnen wir uns alle nach Sicherheit und Ruhe. Wir dürfen uns zwar in der Schweiz noch nicht allzusehr beklagen, wir müssen und wollen immer noch dankbar anerkennen, daß uns die Not noch nicht so hart angegriffen hat, wie fast alle Völker um uns her. Und wenn wir erst an die Not der Völker im Osten Europas denken und sie uns vor Augen halten, dann müssen wir zur Überzeugung kommen, daß wir noch in sehr guten Verhältnissen leben. Ja, wir wollen trotz aller Not, trotz aller Sorgen, die auch uns drücken, recht von Herzen dankbar sein für alles, was wir auch im verflossenen Jahre empfangen durften.

Freilich, in unserem Volke sind Schäden, die wir nicht verschweigen wollen. Sind wir überhaupt noch ein Volk? Ja, das sind wir, das dürfen wir sagen. Aber sind wir noch ein Volk von Brüdern? Darauf haben wir uns doch viel zugute getan! Nein — wir wollen es ehrlich bekennen — ein Volk von Brüdern sind wir nicht mehr. Das ist unsere große Not. Wir sind noch so etwas wie ein Verein; aber wir sind kein brüderliches Volk mehr. Darunter leiden wir doch alle, denn wir haben doch alle das Gefühl, daß wir der Not der Zeit Herr würden, wenn wir brüderlich zusammenstehen und die Last und die Sorgen brüderlich gemeinsam tragen würden.

Warum sind wir kein einziger Volk von Brüdern mehr? Einzig und allein deshalb, weil wir keinen gemeinsamen Vater mehr haben. Nicht wahr, wir sind nur dann Brüder, wenn wir einem gemeinsamen Vater gehören? Unsere Väter haben das gewußt, sie haben zum gemeinsamen Gott und Vater gebetet.

Das ist der einzige Weg, der uns wieder aus der Not herausführt: daß unser Volk den Weg zu Gott wieder findet. Dann wird auch das Vertrauen und die Gemeinschaft

im Volke wieder wachsen. Wenn unser Volk im lebendigen Gottesglauben verankert ist, dann muß uns vor der Zukunft nicht bangen. So bitten wir an der Jahreswende: Herr, hilf unserm Unglauben! Dann dürfen wir getrost Abschied nehmen von 1934 und das Jahr 1935 willkommen heißen. Vaterland, tuh in Gottes Hand!

Rundschau.

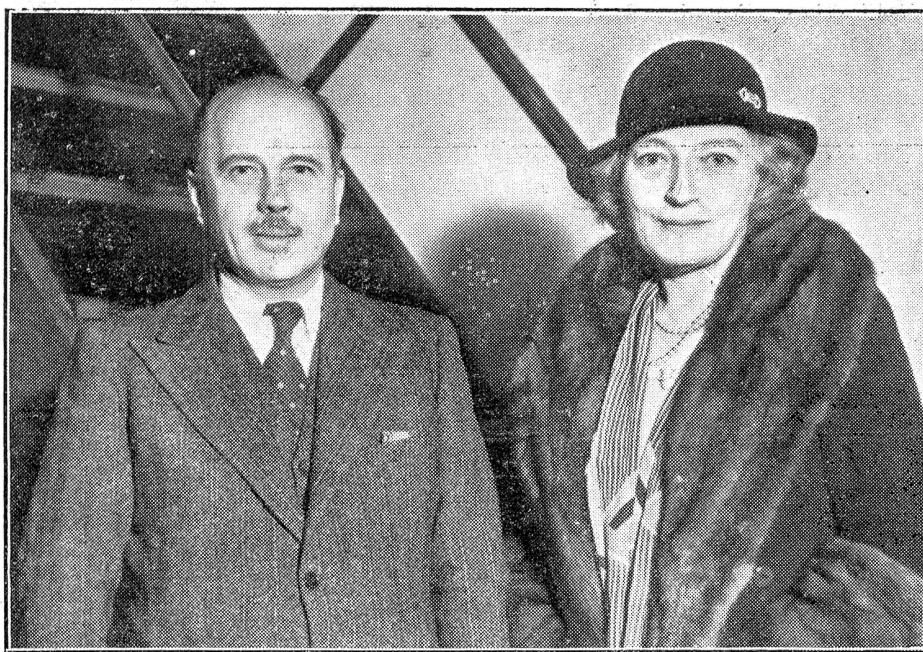
Weltlage Ende 1934.

Ob man von einer wirklichen Entspannung sprechen darf, wird sich wohl erst gegen das Frühjahr 1935 zeigen. Indessen deutet allerlei darauf hin; die Stimmen der Optimisten tönen lauter und zuversichtlicher, und die Pessimisten werden übertönt.

Wir haben als wichtigstes Aktivum die wirtschaftliche Stabilisierung innerhalb des sogenannten „Sterlingblocks“ zu verzeichnen. Nicht nur die Staatsbudgets sind in England und den nordischen Staaten ausgeglichen und weisen teilweise Überschüsse auf, sondern auch die Produktion und der Handel sind zufriedener als noch vor Jahresfrist. Heißt das: Gerade weil die Wirtschaft mehr Grund zur Zufriedenheit hat, kann auch der Staat seine Kasse ins Gleichgewicht bringen. Die Besserung bleibt aber nicht bei den europäischen Staaten dieses Blocks stehen. Sie greift auf die von ihm abhängigen südamerikanischen Gebiete über. In den letzten Zeiten las man von finanziellen Transaktionen in Argentinien, von erfolgreichen Konversionen, überzeichneten Anleihen im Innern: Das Publikum scheint Vertrauen zum Staat zu haben. Vielleicht ist die Besserung in diesem einen auch ein Symptom für die Erholung in andern Staaten, und womöglich sogar ein Anreiz für die Bolivier und Paraguayaner, endlich Frieden zu schließen. Einen „Sieger“ können sie ja feststellen, seit Paraguay sich des ganzen Chaco gebietes bemächtigt hat.

Ein Aktivum stellt auch die gefestigte Position Roosevelts und seines Kurses dar. Obwohl dort niemand an eine „endgültige Stabilisierung des Dollars“ denkt, (auch in Großbritannien hat der Schatzkanzler Churchill eine solche des Bundes abgelehnt), findet die große Mehrheit der Bürger, die Arbeiterschichten eingeschlossen, daß man wieder leben könne; man stellt fest, daß keine Massenkonkurse mehr den Mittelstand dezimieren, daß die Banken nicht wie vor Roosevelt vor dem Generalzusammenbruch stehen, daß die Farmer und Arbeitslosen nicht mehr wie einst sich auf die Revolution hingetrieben seien, daß man wieder Bilanzen aufstellen kann, die nicht mit buchmäßigen Verlusten enden. In aller Stille europäisieren sich die U. S. A. darin, daß sie eine Arbeitslosenversicherung vorbereiten, die an Großzügigkeit nicht hinter der englischen zurückstehen soll. Die Amerikaner begreifen wie die Engländer, daß man nicht die qualifizierten Arbeiter aus der Übung kommen lassen darf, sofern man sie später einmal wieder brauchen will. Sie begreifen ferner besser als ihre Vetter in Albion, daß diese Konsumenten nicht kauflös beiseite stehen dürfen. Also „baut man auf“.

Freilich ist die Welt außerhalb der anglo-sächsischen Staaten ihres Machtbereiches groß, und die Probleme, die an verschiedenen Stellen drohen, sind nicht gelöst. Können nicht gelöst werden, weil sie von „Politik“ verkompliziert werden. Und die Politik gewinnt immer dort an Gewicht, wo man wirtschaftlich ungeschickt kutschiert. Von den Deflationsländern Frankreich und Italien ist schon oft gesprochen worden. Man



Mr. R. Wilson, der neue amerikanische Botschafter für die Schweiz, mit seiner Gattin bei der Ankunft in New-York an Bord der „Washington“.

kann von ihnen vielleicht rühmen, daß sie äußerst langsam und vorsichtig die „Anpassung“ versuchen und so die Katastrophengefahr dosieren. Aber sie werden automatisch die Demokratie bedrohen, solange sie Deflation betreiben: In der Außenpolitik (Italien) und in der Innenpolitik (Frankreich). So wie in Italien, solange man sich im wirtschaftlichen Notstand fühlt, das Wiedererwachen der demokratischen Gedanken erschwert wird und immer wieder Tiranen auf das „kriegerische Leben der Nation“ zur Notwendigkeit werden, fördert Frankreich seine antiparlamentarischen Parteien, wenn es Wirtschaftskräfte und Lebensstandard in die Verkümmерung hinein manövriert. Und mit den Wirtschaftskräften selbstverständlich auch die Staatsfinanzen drosselt.

Von den eigentlichen Gefahren herden im fernen Osten möchte man lieber schweigen. Vom europäischen Explosionszentrum in Mitteleuropa möchte man gern glauben, daß in ihm die Gluthitze etwas abgenommen habe, und daß für 1935 keine Februarstage und kein 30. Juni und 26. Juli fällig werden. Aber hier heißt es warten; die Welt will Hitler dulden, wenn er Österreich nicht stört — und — wenn er nach dem Saarentscheid nicht wieder andere Saiten aufzieht als heute. Die westlichen Staaten verfügen, gleich wie der Vatikan, über politische Tradition; sie erhoffen viel von der Desillusionierung der Völker, die in verstiegenen Ideologien aus der Wirklichkeit herausgerutscht sind — ja, sogar noch mehr von der Desillusionierung der Führer, die mit ihren Röpfen und Fäusten an die Wirklichkeit stoßen.

Wären die Illusionen schon gebrochen, würden Deutschland und die Donauländer ihre wirtschaftlichen Nöte deutlicher sehen als bisher. Zu hoffen bleibt, daß sich 1935 die Überlegenheit der angelsächsischen wirtschaftlichen Methoden noch deutlicher als heute abheben gegenüber den französischen und jenen, die Frankreich folgen. Vom einen oder anderen Block muß schlussendlich auch ein beruhigtes Mitteleuropa die Methode übernehmen.

Vorgängig allen solchen Hoffnungen gehen die Resultate des „lateinischen Ausgleichs“: Frankreich und Italien können nur gemeinsam entscheiden, was aus dem Donauraum werden soll. Für uns Europäer ist es betrüblich, zu denken, daß dieser Ausgleich von — Afrika bezahlt werden soll — aber wir brauchen ihn.

Russische Wetterzeichen?

Sind es Anzeichen eines kommenden Gewitters, oder nur letzte Schläge des großen geschichtlichen Taifuns, der Rußland seit 1914 aufgewühlt? Man weiß es nicht. Man stellt nur fest, daß in der Sowjetunion eine Art „30. Juni“ vor sich ging, und daß sich ähnlich wie im Falle Deutschland die Frage erhob, ob der Kredit, (der moralische Kredit!), den die westlichen Mächte dem Staatskapitalistischen Reiche entgegenbringen, Einbuße erlitten habe.

Die Sachlage in Rußland ist insofern eine andere als im Dritten Reich, als der Terrorwelle der Mord an einem hohen Sowjetfunktionär vorausgegangen; die Ermordung des Generalen Kirov in Leningrad. Zu erst hieß es, Emigranten wären über die litauische und polnische Grenze gekommen, ausgerüstet in den Zentren der Gegenrevolution, als die man sich Warschau und Berlin vorstellen muß. Auch heute noch wird die Version aufrechterhalten, die Emigration sei Anstifterin gewesen. Unter andern beschuldigt man die jugoslawische Regierung einer sovietfeindlichen Haltung, der Duldung weißer Elemente und ihrer Presse. Es soll in dieser Presse direkt zur Ermordung von hohen Bolschewiki aufgefordert worden sein. Kirovs Name sei wörtlich gefallen.

Demgegenüber haben russische Emigranten behauptet, Kirov sei das Opfer der Tscheka. Er habe hauptsächlich zur Auflösung der „G. P. U.“, der Nachfolgerin der Tscheka, beigetragen. Und der Zweck der furchtbaren Organisation sei erreicht: Sie stehe heute wieder in Funktion. Hinter dem Ganzen verstecke sich überdies ein Manöver der Regierung selber, die sich vor der Welt als bedroht darstellen wollte; dem Westen werde dadurch suggeriert: „Seht, die Zentralen in Berlin und Warschau tun alles, um den französisch-russischen Ausgleich zu stören.“ Mit diesen Argumenten steht übrigens die Emigration nicht allein. Die offizielle russische Presse hat zuerst geschrien, hat zuerst die vermutlichen Hintermänner des Attentäters Nikolajew bezeichnet, hat zuerst, ohne daß ein Name fiel, in Hitlers und Rosenbergs Richtung „vermutet“ oder „denunziert“, wie man will.

Die ersten Opfer der wieder funktionierenden G. P. U. waren Emigranten und Gegenrevolutionäre, wie es scheint. Wer aber alles unter den 103 zugegebenen Erschossenen liegt, vernimmt die Menschheit nicht. Der Prozeß gegen Nikolajew zieht sich hin, und auf die Ergebnisse wartet man. Unklar jedoch scheint das Folgende:

Im Gefolge der Untersuchung wurde plötzlich auf einen oppositionellen kommunistischen Kreis, die „Gruppe Sinowiew“, gegriffen. Er selbst und Ramenew nebst einem Dutzend weniger bekannter Namen werden genannt. Diese Leute sitzen, und mit ihnen reihenweise kommunistische Jugendgenossen. Weshalb? Haben sie mit den Mörfern Kirows etwas zu tun. Oder am Ende gar nichts? Hat man in der G. P. U. Stalins ähnlich wie in Görings Gestapo nach „rechts und links“ gehauen?

Eine Parallele jedenfalls gibt es. Sowie der 30. Juni keine endgültige Verfehlung des Dritten Reiches brachte, bringt der Dezember in Moskau und anderswo keine richtige Erschütterung der Soviets. Siehe den eben abgeschlossenen russisch-französischen Handelsvertrag.